

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Es geht um unser Liechtenstein, nicht um Europa

FBP-Regierungschef-Kandidat lic. iur. Markus Büchel zur Integrationspolitik und zur drängenden Frage über die Zukunft unseres Landes in Europa

Welche Aufgabe wartet auf uns? Ist es das wichtigste, am 13. Dezember 1992 die «richtige» Entscheidung zum EWR zu treffen? Ich sage NEIN, weil es mir um mehr geht. Die eigentliche Herausforderung ist die Bewältigung des Abstimmungsergebnisses, gleich wie es ausfällt. Weder ein Ja noch ein Nein entbindet uns von der Aufgabe, die zukünftige Position Liechtensteins in Europa zu suchen und zu erkämpfen.

Welches sind die realistischere möglichen Abstimmungsergebnisse? Die erste wesentliche Unterscheidung ist, ob der Entscheid im Vergleich zur Schweiz gleich oder anders ausfällt. Wie es unser Fürst Hans Adam II. richtig erkannt hat, ist aber in jedem Falle heute schon in Rücksicht zu stellen, dass die Zukunftspläne der Schweiz unterschiedlich zu den unseren sind, solange wir nicht ebenfalls ein Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen an Brüssel richten, wie es Bern getan hat.

Die richtigen Schritte wählen

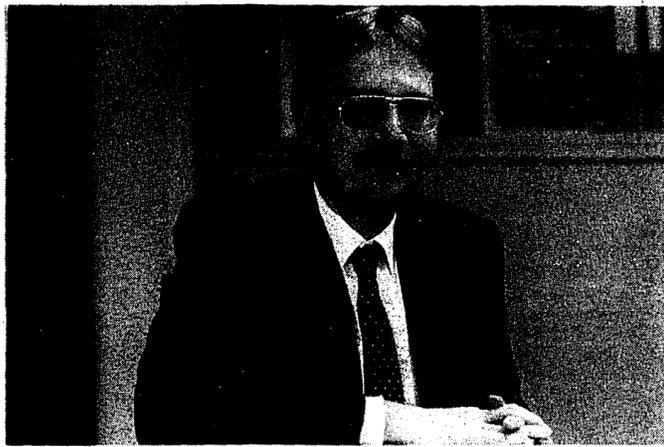
Unsere vor allem auf dem Zoll- und Währungsvertrag beruhenden guten und vorteilhaften Beziehungen zur Schweiz sind mittelfristig in jedem Fall in Frage gestellt. Dessen müssen wir uns bewusst werden. Wenn wir nicht sehen wollen, wohin der übernächste Schritt führen kann, gehen wir vielleicht schon mit dem nächsten Schritt in die falsche Richtung und finden nicht die richtigen Antworten

ten auf die anstehenden, unseren endgültigen Platz in Europa entscheidenden Fragen.

Es geht um Liechtenstein

Es geht um Liechtenstein, um unsere zukünftige Position in einem sich verändernden Europa. Vorgegeben werden die Entwicklungen von Brüssel, von der EG. Das haben die politischen Führungskräfte in praktisch allen europäischen Ländern erkannt. Auch von den EFTA-Ländern, die mehrheitlich das EWR-Abkommen bereits ratifiziert und damit akzeptiert haben, sehen die meisten das Ziel in der EG-Mitgliedschaft. Ein EWR, wo auf EFTA-Seite nur mehr Island und Liechtenstein übrig bleiben, wird nicht mehr durchführbar sein.

Nun hat aber Island für Fischfang und -verwertung, und damit für den überwiegenden Teil seiner Volkswirtschaft, eine Ausnahme erhalten und trotzdem den Zugang zu seinen europäischen Absatzmärkten sichern können. Island hat aufgrund seiner geographischen Lage und seiner schwierigen Sprache wenig Angst vor einem gewichtigen Zustrom von Ausländern. Auch genügend Fläche hat Island. Und aus diesen Gründen hat Island auch wenig Sorge, was nach dem EWR kommen wird. Für Island wird sich eine einfache Lösung finden.



FBP-Regierungschef-Kandidat Markus Büchel: «Ich stehe hier als Kandidat der Bürgerpartei für das Amt des Regierungschefs für einen anderen Weg: für einen Weg der Offenheit gegenüber allen, denen die Zukunft unserer Heimat Liechtenstein am Herzen liegt und die sich dafür einsetzen wollen. Für einen Weg der Ehrlichkeit, der anstehende Probleme nicht verschweigt und durch Aussitzen «bewältigen» will.»

Konzeptlos in eine Sackgasse?

Wie könnte aber eine Lösung für Liechtenstein aussehen, wenn wir ohne Ausnahmen und nur mit unsicheren Übergangsfristen am Schluss allein übrig bleiben, nicht mehr imstande, die eingegangenen Pflichten zu erfüllen? Meine Sorge ist, dass wir konzeptlos in eine

Sackgasse geraten, wo uns der «Ausweg» diktiert wird. Dann könnte es sein, dass uns entgegengehalten wird, dass wir zu hoch hinaus wollten, und sich nun gezeigt habe, dass wir das nicht schaffen können. Die Bedingungen, unserer Stellung in Europa werden uns dann von aussen aufgediktet.

Jeder Entscheid fordert uns heraus

Es geht um Liechtenstein, um unsere weitere Zukunft, nicht nur um das Abstimmungsergebnis vom 13. Dezember 1992. Wir müssen uns endlich die Frage stellen, was wir wollen und was wir können. Verträge sind einzuhalten und zu den eingegangenen Pflichten muss man einstehen. Die notwendigen Anpassungen sind zu erkennen, aber auch der noch offene Spielraum, die verbliebenen Handlungsmöglichkeiten. Dafür braucht es ein Konzept, welches uns für die Verhandlungen gefehlt hat. Es ist auch jetzt nicht vorhanden, um uns Leitlinien zu geben, wie jedes der möglichen Abstimmungsergebnisse bewältigt werden kann. Jeder Entscheid fordert uns heraus, die mit der gegebenen Situation verbundenen Risiken einerseits, aber auch die Chancen andererseits zu erkennen.

Entscheidungen hinter verschlossenen Türen

Niemand bei uns ist in der Lage, dieses dringend notwendige Konzept alleine auf die Füsse zu stellen. Von Ansätzen, diese Aufgabe miteinander anzugehen, ist aber auch nichts vorhanden. Wo bleibt denn die regelmässige Zusammenarbeit zwischen Staatslenkung, Behörden, Wirtschaftsverbänden und wissenschaftlichen Gutachtern, um die drängenden Fragen zu diskutieren und Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden? Bisher entscheidet ein sehr kleiner Personenkreis, ein abgeschlossener Zirkel, nach allgemein nicht einsehender Weise.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Eschen nominierte Toni Batliner und Dr. Franz Hoop

Gut besuchte Nominationsversammlung der FBP Eschen/Nendeln am Sonntag im Schulhaus Nendeln



Nach dem Rücktritt von Emma Eigenmann, die bisher einzige Frau im Landtag, nominierte die FBP-Ortsgruppe Eschen/Nendeln zwei Kandidaten für die kommenden Wahlen. Unser Bild zeigt links Toni Batliner, rechts Dr. Franz Hoop. In der Bildmitte Markus Büchel, FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs.

Heute abend EWR-Diskussion im Schaaner Resch

Teilnehmer: Hans Brunhart, Peter Frick, Walter Kieber, Beat Marxer, Gert Risch und Michael Ritter

Heute abend kreuzen die Haupt-Exponenten im Abstimmungskampf um den EWR-Beitritt öffentlich die Klänge. Um 19 Uhr veranstaltet die Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung im Resch-Saal in Schaan eine Podiumsdiskussion zum Thema EWR.

Diese Veranstaltung bietet wahrscheinlich als eine der wenigen die Möglichkeit, die Exponenten der Pro- und Contra-Lager in einer kontroversen Diskussion leibhaftig miterleben und mit Fragen zu konfrontieren. Roman Banzer, Leiter der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung, wird durch die Diskussion führen.

Viel ist in den vergangenen Wochen und Tagen geschrieben worden. Müssen wir in den EWR? Welches sind die Alternativen? Wer stellt die Fragen zum moralisch-ethischen Hintergrund? Bestimmt die Wirtschaft unser Leben gänzlich?

Fragen über Fragen. Hundertmal gestellt, hundertmal beantwortet. Und trotzdem, wer kann schon von sich behaupten, in Sachen EWR durch zu sein.

So bietet denn die Veranstaltung der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung die Gelegenheit an einer Pro- und Con-

tra-Diskussion teilzunehmen. Mit dabei sind Hans Brunhart, Fürstlicher Regierungschef, Ing. Peter Frick, Präsident der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, Dr. Walter Kieber, Präsident des Liechtensteinischen Anwaltsverbandes, Beat Marxer, Sekretär der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Dr. Gert Risch, Überparteiliches Bürgerkomitee für ein lebensfähiges Liechtenstein, Dr. Michael Ritter, Mitglied der Liechtensteinischen EWR-Verhandlungsdelegation. Für weitere Auskünfte steht Ihnen die Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung, Telefon 2 48 22, gerne zur Verfügung.

Schaan drückt auf die Spar-Bremse

Gemeinderat beschliesst einstimmig Finanzrichtplan 1992-1995

(M.) - Erheblich Einsparungen bei der Laufenden Rechnung sowie bei der Investitionsrechnung sieht der Schaaner Gemeindehaushalt gemäss dem Finanzrichtplan 1992 bis 1995 vor. Der dieser Tage veröffentlichte, in der Gemeinderatssitzung vom 4. November einstimmig beschlossene, Finanzrichtplan geht dabei von einer Belastung des Gemeindesteuerfusses bei 170 Prozent aus, allerdings sind für die Einwohnerschaft im Bereich der Gebühren gemäss dem Verursacherprinzip Neuerhebungen und Erhöhungen zu erwarten.

Mit dem Finanzrichtplan zieht der Gemeinderat die Konsequenzen aus den Gemeindeabstimmungen vom März 1990 und März 1992, in denen sich jeweils ein Grossteil der Einwohnerschaft für die Senkung des Steuersatzes von landesweit 200 auf 170 Prozent aussprach und dabei als Hauptargument in die Waagschale warf, dass die Gemeinde Schaan die Spar-Helme ansetzen soll. Der Gemeinderat hat nun dem Demokratie-Verständnis folgend mit nur einer Gegenstimme beschlossen, bis 1995 bei der Berechnung der Einnahmenseite von einem Steuerfuss von 170 Prozent auszugehen, obwohl dies den sozialen Aspekt nur unzulässig berücksichtigt. Eine Gebührenerhöhung trifft sozial Schwächere weit mehr als gutverdienende Steuerzahler.

Mehr Gebühren-Einnahmen

Die Gebühren sollen gesamthaft hinsichtlich Verursacher und Kosten überprüft werden. Zudem soll überprüft werden, in welchen Bereichen neue Gebührenerhebungen gemäss dem Verursacherprinzip notwendig und möglich sind.

Laufende Rechnung einfrieren

Der Sparwille der Gemeinde zeigt sich weiters unmissverständlich darin, dass die Laufende Rechnung auf dem Stand vom erwarteten Ergebnis 1992 (15,5 Millionen Franken) für die nächsten zwei Jahre eingefroren wird.

Kein weiterer Stellenausbau

In den Jahren 1993 bis 1995 ist gemäss Finanzrichtplan kein weiterer Stellenausbau mehr möglich (Stand Oktober 1992). Zugelassen sind interne Umteilungen und Einstellungen bei Austritten.

Restriktive Bodenkäufe

Ab 1993 sind nur noch Bodenkäufe für Auslösungen und für den öffentlichen Wohnungsbau im Rahmen von jährlich maximal 2 Millionen Franken möglich.

Restriktive Bautätigkeit

Für Investitionen im Hoch- und Tiefbaubereich stehen für die Jahre 1993 bis 1995 insgesamt 20 Millionen Franken zur Verfügung, wobei 2 Millionen Franken als Reserve in diesen Betrag eingeschlossen sind. Die Restriktionen im Bauwesen bedeuten, dass das geplante Pfarreizentrum (2,5 Millionen Franken) sowie die zur Diskussion stehende Tennis- und Squashhalle (1,5 Millionen Franken) vorerst zurückgestellt werden. Bis 1995 sind für Hochbauten 10,6 Millionen Franken geplant, wobei die grössten Vorhaben die Kindergärten (Pardiel und Rebera) mit 3,1 Millionen, das Schul- und Freizeitzentrum Resch (Mehrzwecksaal) mit 2,1 Millionen und das Mehrfamilienhaus Pardiel mit 1,5 Millionen Franken sind.

Ausgaben redimensioniert

Der Finanzrichtplan zeigt im Gesamtüberblick eine erhebliche Redimensionierung der Ausgaben vor. Sind für 1992 noch Ausgaben von 36 Millionen Franken geplant, so sollen die Ausgaben in den kommenden drei Jahren auf jeweils 27,5 Millionen, respektive auf 26,5 Millionen (1994), gekürzt werden. Diese Einsparungen gehen zum grössten Teil zu Lasten des Investitionsvolumens, das gegenüber 1992 (erwartet 20,5 Millionen) um nahezu die Hälfte (12 Millionen) 1993 und je 11 Millionen (1994/95) gekürzt werden soll.

Das Finanzvermögen, das 1989 noch 32 Millionen Franken betragen hatte und sich 1991 durch Mehrausgaben in Höhe von 10 Millionen auf 20 Millionen reduziert hat, soll sich gemäss Voranschlag 1992 im laufenden Jahr durch erneute Mehrausgaben von 10,9 Millionen auf 9,2 Millionen per Ende 1992 vermindern. Der Finanzrichtplan sieht für die nächsten drei Jahre eine sehr behutsame Verminderung des Finanzvermögens auf 6,5 Millionen 1993, 5 Millionen 1994 und 2,5 Millionen Franken 1995 vor.